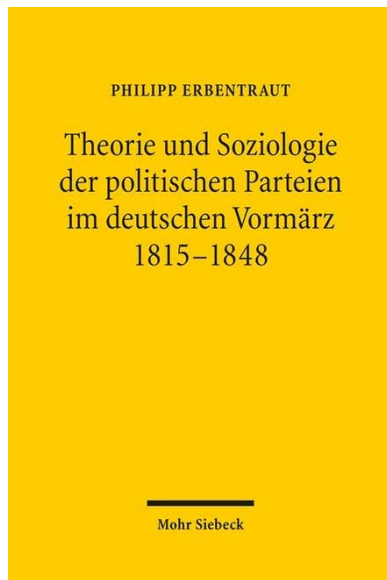


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Philipp Erben­traut: Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2016, 391 S., ISBN: 978-3-16-154485-9



Die politikwissenschaftliche Dissertation von Philipp Erben­traut, die 2015 an der Universität Düsseldorf eingereicht wurde, untersucht das Nachdenken über Bedeutung, Funktion und Organisation der politischen Parteien im deutschen Vormärz. Der Autor will analysieren, wie das „politische Denken“ im Vormärz das „Phänomen der politischen Partei“ bewertete (S. 2). Methodisch ordnet er sich der Politischen Ideengeschichte zu; dabei bezieht er sich konkret auf den Weimarer Historiker Hans Rosenberg, der eine „geistige Gruppengeschichte“ entwarf, die nicht (nur) die „großen schöpferischen Denker“, sondern auch Intellektuelle und Schreiber der zweiten und dritten Reihe in den Blick nahm (S. 18). Dieser Zugriff einer „problemorientierten und demokratisierten Ideengeschichte“, die nicht nur „autorenzentrierte Gipfelwanderungen“ berücksichtigt (S. 19), erweist sich als fruchtbar, wenngleich die Abgrenzung zur Diskursgeschichte offen bleibt.

Ausgangspunkt Erben­trauts ist die parteiengeschichtliche Forschung der 1960er und 1970er Jahre, die, so der Autor, bis heute fortwirke. Diese sei zum einen davon ausgegangen, dass „es im politischen Denken der Vormärzzeit eine Art generellen Anti-Parteien-Affekt gegeben (habe), der einer positiven Aufnahme des neuen Phänomens mindestens bis zur Frankfurter Paulskirchenversammlung im Jahr 1848 grundsätzlich im Wege gestanden habe“ (S. 8 f.). Gerade die Parteienfeindschaft der Liberalen sei – zumindest bis zur wegweisenden Arbeit von Uwe Backes – besonders betont worden. Zum anderen werde in der Forschung noch immer die These kolportiert, „die damaligen Autoren hätten unter Parteien noch gar keine realen politischen Gruppen, sondern lediglich ideelle Gesinnungsgemeinschaften, philosophische Schulen oder politische Großströmungen verstanden“ (S. 9). Hingegen will Erben­traut zeigen, dass das vormärzliche politische Denken nicht nur eine sehr klare Vorstellung vom Organisationscharakter politischer Parteien hatte; auch habe eine „Parteiendiskussion“ zu „lebhaften Debatten und faszinierenden theoretischen Erörterungen selbst kleinster Einzelaspekte des gesamten Parteiwesens“ geführt (S. 324). Die Parteien seien dabei nicht nur als Gesinnungsgemeinschaften begriffen worden, sondern als politische Organisationen, die öffentlich miteinander um die staatliche Entscheidungsgewalt konkurrieren. Es habe auch keinen generellen Anti-Parteien-Affekt gegeben, sondern „Lob der Parteien“ (S. 17).

Die Studie beleuchtet in einem ersten Teil Überlegungen zu Funktionen und Rolle der Parteien im politischen System, zweitens das politische Denken zum Parteienwettbewerb und zu Kriterien zur Klassifizierung von Parteiensystemen und in einem dritten, recht knappen Teil die „Binnenansicht von Parteien“, die Diskussion um den Organisationscharakter der Parteien (S. 265 ff.).

In der Tat zeigt der Autor an zahlreichen Textbeispielen, dass im Vormärz intensiv über die generelle Bedeutung, die politischen Funktionen und den Charakter von Parteien diskutiert und gerungen wurde. Insbesondere im ersten Teil wird deutlich, wie kontrovers die Positio-

nen zu Parteibildung und Parteifunktionen ausfielen, wie stark gerade die Liberalen in der Rezeption des englischen und französischen Parlamentarismus die Notwendigkeit konkurrierender Parteien und Fraktionen und das parlamentarische Wechselspiel von Regierungsbeileiligung und Opposition reflektierten. Dabei greift der Autor auf ein weites Spektrum an Quellen und Positionen zurück, die von Hegels Rechtsphilosophie über die katholische Romantik und die Liberalen bis zu Marx und Engels reichen. Insbesondere arbeitet Erben-traut heraus, dass gerade Georg Wilhelm Friedrich Hegel mit seiner Staatslehre weniger als Gegner, denn als „kritischer Freund“ der Parteien (S. 32) verstanden werden müsse: Dass er in der „Rechtsphilosophie“ den Ständen die Funktion der Repräsentation großer Interessen übertrug, taue nicht als Ausweis eines tiefer liegenden Affekts gegenüber den Parteien. Auch anhand von Vorlesungsnachschriften wird erkennbar, dass Hegel Parteien als interme-diäre Organisationen zwischen fürstlicher Gewalt und den Interessen der Gemeinden und Individuen durchaus akzeptierte. Es erweist sich als Stärke der Arbeit, dass nicht nur staats-philosophische Schriften ausgewertet wurden – die gleichwohl einen großen Teil der Arbeit prägen –, sondern auch Periodika, Lexika, Flugblätter oder eben Vorlesungsschriften. Dies verdeutlicht die Vielfalt der Ideen und Debatten und bezieht in der Tat nicht nur die philoso-phischen „Gipfelwanderungen“ ein.

Einschränkend lässt sich auf konzeptionelle Schwachpunkte verweisen. So werden erstens die Unterschiede zwischen Parteientheorie, Parteiensoziologie und politischer Diskussion über Parteien, damit auch zwischen *wissenschaftlicher* bzw. intellektueller Parteitheorie und den Überlegungen *politischer* Akteure nicht benannt. Zweifellos waren viele Intellektuelle im Vormärz politisch tätig, verschwammen also partiell die Rollenzuschreibungen. Dennoch erscheint es wichtig, die Akteursperspektive analytisch im Blick zu behalten, um wissen-schaftliche und politische Perspektiven zu differenzieren und zugleich Fremd- und Selbst-wahrnehmungen einordnen zu können.

Zum zweiten tendiert die Arbeit dazu, die bisherige Forschung etwas vorschnell als Ensem-ble von „Vorurteilen“ (S. 323 ff.) abzuqualifizieren. Wiederholt wird deutlich, dass auch ande-re Forscher bereits die theoretischen Erörterungen zum Parteiwesen aufzeigten (so etwa Dieter Langewiesche, vgl. S. 287). Dies schmälert den analytischen Verdienst der vorliegen-ten Studie nicht, doch ist die Zuspitzung der Argumentation dem Gesamteindruck hinderlich. Damit korrespondiert drittens, dass die These vom Anti-Parteien-Affekt eben doch nur partiell widerlegt werden kann. Die Studie zitiert konservative Intellektuelle und Politiker, die zwar forderten, sich in Reaktion auf die Liberalen dann ebenfalls als Partei zu konstituieren, doch zugleich *gegen* Parteien argumentierten (u.a. S. 47 ff.). Umgekehrt sahen Demokraten wie Julius Fröbel Parteien nur als Übergangsphänomen und zielten auf eine direkte Demokratie (S. 253 ff.). Dieses Spektrum an Positionen vom Anti-Parteien-Affekt bis hin zur Apologie von Parteien wird in der Studie mehr implizit deutlich.

Insgesamt handelt es sich um eine empirisch gehaltvolle, thesenreiche und schwungvoll ge-schriebene Dissertation, die trotz kleinerer konzeptioneller Einschränkungen neue Einsichten in die Parteientheorie und Staatsphilosophie des Vormärz vermittelt.

München/Augsburg

Elke Seefried